

## **N i e d e r s c h r i f t**

### **über die 135. Sitzung des Planungsausschusses am 04.05.2017 in Mainburg**

Beginn: 10:00 Uhr

Ende: 12:05 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder laut Anwesenheitsliste: 16

Sie wurde vom Vorsitzenden, Ersten Bürgermeister **Alfons Sittinger**, geleitet.

#### **Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Begrüßung
  
2. Regionalplan Region Landshut (13)
  - 2.1 ... Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut;  
Fortschreibung von Kapitel B VIII Wasserwirtschaft  
Beratung und Beschluss über das Anhörungsverfahren
  
  - 2.2 Achte Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut;  
Teil-Fortschreibung von Kapitel B IV Rohstoffsicherung  
Kenntnisnahme der Verbindlicherklärung
  
  - 2.3 Neunte Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut;  
Fortschreibung von Kapitel B I Natur und Landschaft; Regionale Grünzüge  
Kenntnisnahme der Verbindlicherklärung
  
3. Beschluss über Anzahl der stv. Verbandsvorsitzenden
  
4. Jahresrechnung für das Jahr 2016  
Beratung und Beschluss
  
5. Haushaltsplan für das Jahr 2017;  
Beratung und Beschluss
  
6. B 15neu, Ost-Süd-Umfahrung Landshut

Raumordnungsverfahren  
Stellungnahme des Verbandes

7. Bericht über abgeschlossene landesplanerische Überprüfungen und Stellungnahmen des Verbandes
8. Regionales Energiekonzept  
Vorstellung Modellprojekt Biogasanlagen
9. Informationen, Wünsche und Anträge

### **Nicht öffentlicher Teil**

1. Regionales Energiekonzept  
Modellprojekt Biogasanlagen  
Beratung und Beschluss

---

## **I: Eröffnung und Begrüßung**

Der Verbandsvorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Gremiums und den Planungsbeirat.

Besonders bedankte er sich bei der Stadt Mainburg für die Möglichkeit, die Tagung abhalten zu können und für die freundliche Aufnahme. Herrn Ersten Bürgermeister **Josef Reiser** bat er anschließend um ein Grußwort.

Er hieß besonders die Landräte **Heinrich Trapp** und **Peter Dreier** willkommen.

Als Gäste wurden namentlich begrüßt:

Herr **Prof. Dr. Markus Brautsch**

Von der Regierung von Niederbayern

- Herr Abteilungsdirektor **Dr. Jürgen Weber**, Bereichsleiter des Bereichs 2, Wirtschaft, Landesentwicklung und Verkehr
- Herr RR **Robert-Constantin Nehls**, Regionsbeauftragter und Mitarbeiter des Sachgebietes 24, Raumordnung, Landes- und Regionalplanung, der derzeit

an das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat abgeordnet ist

- Herrn **RD Jürgen Schmauß**, stellvertretener Leiter des SG 24 Raumordnung, Landes- und Regionalplanung

Weiter wurden begrüßt:

- die Vertreter der Medien, namentlich Herr **Harry Bruckmeier** von der Hallertauer Zeitung, bei dem sich im Voraus für die objektive Berichterstattung bedankte
- **Christine Erbinger** und **Renate Landesberger** von der Geschäftsstelle des Regionalen Planungsverbandes

Er gratulierte dem langjährigen Mitglied des Planungsausschusses Herrn Kreisrat und ehemaligen Bürgermeister der Stadt Landau **Josef Brunner** zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes.

Der Vorsitzende stellte die form- und fristgerechte Ladung entsprechend der Satzung und der Geschäftsordnung für den Regionalen Planungsverband Landshut fest.

Weiter stellte der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und informierte, dass zur Erleichterung der Protokollführung ein Aufzeichnungsgerät mitläuft. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Herr **Prof. Dr. Markus Brautsch** hatte aus terminlichen Gründen darum gebeten, dass sein Tagesordnungspunkt vorgezogen werden soll. Dem stimmte der Planungsausschuss einstimmig zu.

---

Erster Bürgermeister **Josef Reiser** hieß danach die Anwesenden in Mainburg herzlich willkommen und stellte in seinem Grußwort die Gemeinde kurz vor.

---

## **TOP 8: Regionales Energiekonzept Vorstellung Modellprojekt Biogasanlagen**

Herr **Prof. Dr. Markus Brautsch** erläuterte das geplante Modellprojekt.

Die Präsentation ist in der Anlage beigefügt und auf der Homepage unter Sitzungen und Termine einsehbar.

---

Verbandsvorsitzender **Alfons Sittinger** ergänzte, dass der RPV eine Förderung durch das Wirtschaftsministerium beantragt habe. Der Bescheid liege noch nicht vor, aber das Modellprojekt werde grundsätzlich positiv gesehen.

Auf Nachfrage von Planungsbeirat **Paul Riederer** erklärte Herr **Prof. Dr. Markus Brautsch**, dass in den Biogasanlagen überwiegend Mais (ca. 90 Prozent) eingesetzt werde. Die entsprechenden Daten seien im Rahmen des Energiekonzepts erhoben worden. Durch die Effizienzsteigerung bei den Biogasanlagen könnte aber bei gleichem Anbau mehr bzw. bei weniger Anbau die gleiche Menge Strom produziert werden. Es gebe inzwischen auch Projekte, die auf die Nutzung anderer Energieträger wie z. B. Klärschlamm setzten. Planungsbeirat **Christoph Parzefall** ergänzte, dass der Erhalt der Biogasanlagen auch nach Ablauf der EEG-Förderung einen positiven Effekt auf die Preise der anderen erneuerbaren Energien haben könnte. Der Mais sei derzeit die „effizienteste“ Pflanze für den Einsatz in Biogasanlagen.

Oberbürgermeister **Alexander Putz** erkundigte sich nach den durchschnittlichen Stromgestehungskosten der derzeitigen Anlagen und innerhalb welchen Zeitraums sich die Investitionen amortisierten. Herr **Prof. Dr. Markus Brautsch** erläuterte, dass die Stromgestehungskosten abhängig von den Rohstoffkosten zwischen 5 und 10 Cent je KWh lägen. Mit Hilfe einer Abgasturbine könne man die Effizienz z.B. um drei Prozentpunkte steigern, was entsprechend eine Verringerung der Stromgestehungskosten zur Folge hätte. Die Amortisationszeit hänge von der Art der Anlage ab. Durchschnittlich amortisiere sich eine derartige Investition innerhalb von vier bis sechs Jahren.

Kreisrat **Josef Brunner** fragte nach, ob bei Biogasanlagen, die bereits die Abwärme über ein Fernwärmenetz an benachbarte Ortschaften lieferten, auch eine Effizienzsteigerung möglich wäre. Es gebe wohl kaum eine Biogasanlage, die ganzjährig 100 Prozent ihrer Abwärme für Heizzwecke nutze, so Herr **Prof. Dr. Markus Brautsch**. Meist werde hier nur ein Teil genutzt. Sehr viele der in der Region vorhandenen 226 Anlagen seien noch weit weg von einer vollumfänglichen und wirtschaftlichen Wärmenutzung.

Stv. Planungsbeirat **Reinhold König** war der Meinung, dass hier nicht Steuergeld aufgewendet werden sollte, sondern es Pflicht der Energieversorger sei, dafür zu sorgen, dass die Anlagen möglichst effizient betrieben werden. Damit könnte man auch die Betreiber außerhalb der Region besser erreichen. Bürgermeister **Josef Pellkofer** ergänzte, dass sich hier wieder die Frage stelle, was die Aufgabe eines Regionalen Planungsverbandes sei. Ein derartiges Projekt sei weit weg von den ursprünglichen Aufgaben der Verbände. Verbandsvorsitzender **Alfons Sittinger** erklärte, dass die Planungsverbände zusätzliche Aufgaben bekommen hätten. Seit der Novellierung des Bayerischen Landesplanungsgesetzes 2012 werde den Planungsverbänden die Möglichkeit eröffnet (auf freiwilliger Basis, im eigenen Wirkungskreis und selbst finanziert), Aufgaben der Regionalentwicklung (z.B. Regionalmanagement, regionale Entwicklungskonzepte, Mitwirkung bei der Nahverkehrsplanung) zu übernehmen. Die Erstellung eines Energiekonzepts sei auch aufgrund des Vorschlags durch das Wirtschaftsministerium erstellt worden. Ziel sei dabei auch gewesen nicht nur die Daten zu erhalten, sondern auch mit Projekten dazu beizutragen, dass es nicht in einer Schublade verschwinde. Er plädierte dafür, dieses Modellprojekt durchzuführen. Bürgermeister **Hermann Etzel** erklärte, dass

Energie und damit auch die Biogasanlagen in der Region einen Schwerpunkt darstellten und man mit dem Modellprojekt den zweiten Schritt machen sollte. Der Beschluss über das Projekt erfolgte im nicht-öffentlichen Teil.

---

## **2. Regionalplan Region Landshut (13)**

### **TOP 2.1: ... Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut; Fortschreibung von Kapitel B VIII Wasserwirtschaft Beratung und Beschluss über das Anhörungsverfahren**

Regionsbeauftragter **Constantin Nehls** erläuterte die vorabversandte Vorlage.

Wortmeldungen ergaben sich nicht.

**Beschluss: 16 : 0**

**Der Planungsausschuss stimmt dem vorgelegten Entwurf zur Neufassung von Kapitel B VIII „Wasserwirtschaft“ des Regionalplans zu und beauftragt den Verbandsvorsitzenden, das erforderliche Anhörungsverfahren einzuleiten.**

**Der Regionsbeauftragte wird beauftragt, die hierfür erforderlichen Arbeiten durchzuführen. Er wird ermächtigt, soweit erforderlich, noch redaktionelle Veränderungen am vorgelegten Fortschreibungsentwurf durchzuführen**

---

### **TOP 2.2: Achte Verordnung zur Änderung des Regionalplans Landshut; Teil-Fortschreibung von Kapitel B IV Rohstoffsicherung Kenntnisnahme der Verbindlicherklärung**

Geschäftsführerin **Christine Erbinger** erläuterte die vorab versandte Vorlage.

Wortmeldungen ergaben sich nicht.

**Beschluss: 16 : 0**

**Der Planungsausschuss nimmt vom Bescheid über die Verbindlicherklärung der Achten Verordnung zur Änderung des Regionalplans**

**Landshut (13) Teil-Fortschreibung Kapitel B IV Rohstoffsicherung  
Kenntnis.**

---

**TOP 2.3: Neunte Verordnung zur Änderung des Regionalplans  
Landshut;  
Teil-Fortschreibung von Kapitel B I Natur und Landschaft  
Regionale Grünzüge  
Kenntnisnahme der Verbindlicherklärung**

Geschäftsführerin Christine Erbing erlütterte die vorab versandte Vorlage.

Wortmeldungen ergaben sich nicht.

**Beschluss: 16 : 0**

**Der Planungsausschuss nimmt vom Bescheid über die  
Verbindlicherklärung der Neunten Verordnung zur Änderung des  
Regionalplans  
Landshut (13) Teil-Fortschreibung Kapitel B I Natur und Landschaft,  
Regionale Grünzüge, Kenntnis.**

---

**TOP 3: Beschluss über Anzahl der stellvertretenden  
Verbandsvorsitzenden**

Verbandsvorsitzender **Alfons Sittinger** erlütterte die vorab versandte Vorlage.

Herr Landrat Heinrich Trapp bat darum, zur Klarstellung im Beschluss das Wort  
„weitere“ zu ergänzen.

Weitere Wortmeldungen ergaben sich nicht.

**Beschluss: 16 : 0**

**Der Planungsausschuss empfiehlt der Versammlung am  
04. Juli 2017 als Nachfolger des bisherigen 2. stellvertretenden  
Verbandsvorsitzenden Hans Rampf zwei weitere stellvertretende  
Verbandsvorsitzende zu wählen.**

---

**TOP 4: Jahresrechnung für das Jahr 2016;  
Beratung und Beschluss**

Geschäftsführerin **Christine Erbinger** erläuterte die vorab versandte Vorlage.

Wortmeldungen ergaben sich nicht.

**Beschluss: 16 : 0**

**Der Planungsausschuss nimmt die Ergebnisse der Haushaltsrechnung für das Jahr 2016 und der örtlichen Rechnungsprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Landshut ohne Einwände zur Kenntnis. Die außerplanmäßigen und überplanmäßigen Ausgaben sind durch Kosteneinsparungen auf anderen Haushaltsstellen gedeckt und werden genehmigt. Das Ergebnis der Haushaltsrechnung wird festgestellt.**

Herr Landrat **Heinrich Trapp** übernahm die Sitzungsleitung.

Geschäftsführerin **Christine Erbinger** erläuterte die vorab versandte Vorlage.

Wortmeldungen ergaben sich nicht.

**Beschluss: 15 : 0**

**Der Planungsausschuss erteilt dem Verbandsvorsitzenden für die Jahresrechnung 2016 in entsprechender Anwendung des Art. 88 Abs. 3 Landkreisordnung die Entlastung.**

Verbandsvorsitzender **Alfons Sittinger** übernahm wieder die Sitzungsleitung und bedankte sich für den Beschluss.

---

**TOP 5: Haushaltsplan 2017  
Beratung und Beschluss**

Geschäftsführerin **Christine Erbinger** erläuterte die vorab versandte Vorlage.

Wortmeldungen ergaben sich nicht.

**Beschluss: 16 : 0**

**Der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Landshut beschließt die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan und den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017 gemäß der vorgelegten Drucksache.**

---

**TOP 6: B 15neu, Ost-Süd-Umfahrung Landshut  
Raumordnungsverfahren  
Stellungnahme des Verbandes**

Bereichsleiter **Dr. Jürgen Weber** erläuterte die vorab versandte Vorlage.

Mit Verweis auf das Dialogforum bat er darum, keine Diskussion um andere Lösungen zu führen, da hier nur um die Stellungnahme zu den drei Varianten gebeten werde.

Herr Landrat **Peter Dreier** bat darum, eine Empfehlung in die Stellungnahme mit aufzunehmen. Für den Fall, dass Variante 1b oder 1c ausgewählt werde, sollte, um vorhandene Ressourcen auszunutzen, geprüft werden, ob der Trassenkorridor der bereits bestehenden Staatsstraße 2054 genutzt werden könnte. RD **Jürgen Schmauß** ergänzte, dass im Regionalplan der Region Landshut der bedarfsgerechte Ausbau der St 2054 als Ziel vorgesehen sei.

Bürgermeister **Thomas Huber** beantragte, dass der Passus in Punkt vier der Stellungnahme zu 4 Bodenschätze (Variante 1a durchquert die Vorranggebiete BE 48 und 50) „...Die Realisierung der Variante 1a würde der Zielstellung des Regionalplans hinsichtlich der Rohstoffsicherung **entgegenlaufen**...“ schärfer formuliert werden sollte, da dies seiner Meinung nach suggeriere, dass dieses Ziel zu den Vorranggebieten weggewogen werden könnte. Laut Bereichsleiter **Dr. Jürgen Weber** wäre es denkbar, dass man eine Maßgabe aufnehmen könnte, damit diese Bentonitvorranggebiete vom Trassenverlauf her umgangen werden. Es wäre auch denkbar, dass der Rohstoff bis zum tatsächlichen Bau abgebaut werden müsste. Man müsse sich mit diesem Zielkonflikt im Raumordnungsverfahren auseinandersetzen. Man könnte dies durchaus hart formulieren, aber seiner Meinung nach sei dies mit der vorgeschlagenen Stellungnahme ausreichend geschehen. Damit müsse man sich in der Detailplanung auseinandersetzen.

Planungsbeirat **Christoph Parzefall** wies darauf hin, dass in der Stellungnahme das Problem des Flächenverbrauchs nicht ausreichend aufgegriffen werde. Die B 15neu



verlaufe nicht nur durch wertvolle ökologische Gebiete sondern es würden damit auch wertvolle landwirtschaftliche Flächen beeinträchtigt. Die Landwirtschaft werde wieder weiter verdrängt. Bereichsleiter **Dr. Jürgen Weber** erklärte, das Problem sei, dass hauptsächlich das Landesentwicklungsprogramm Ziele zum Flächenverbrauch enthalte. Der Regionalplan sei in diesem Bereich nicht besonders stark. Deshalb habe man dieses Problem in der Stellungnahme nicht herausgestellt. Die höhere Landesplanungsbehörde müsse sich im Raumordnungsverfahren mit dem Thema Flächenverbrauch auseinandersetzen.

Oberbürgermeister **Alexander Putz** erklärte, dass es schwierig sei, über die Varianten zu diskutieren, wenn man sich nicht grundsätzlich mit der Frage beschäftige, ob und wie die B 15 neu südlich der Umgehung von Landshut überhaupt weitergeführt werde. Es sei Aufgabe der Planung auf Basis des Raumordnungsverfahrens, Konfliktpotenziale zu reduzieren. Deshalb sei es richtig auf diese Konfliktpotenziale hinzuweisen. Eine zweispurige untergestufte Verbindung könne geländenah trassiert werden und würde zu weniger Eingriffen führen. Bei Variante 1a sei es erforderlich, diese weiter im Norden an die B 15 anzubinden. Dadurch könnte auch das Konfliktpotenzial mit den Bentonitvorranggebieten deutlich reduziert werden. Dies wäre auch deutlich kürzer und würde weniger Flächen verbrauchen. Mit diesen Fragen müsse man sich im Raumordnungsverfahren auseinandersetzen, so Bereichsleiter **Dr. Jürgen Weber**.

Planungsbeirat **Siegfried Moßandl** informierte, dass er Kontakt mit dem stv. Planungsbeirat Klaus Schmidbauer aufgenommen habe, der von der Bentonitindustrie sei. Dieser habe ihm bedeutet, dass er mit dem Trassenverlauf Variante 1a leben könne. Entweder seien die Vorranggebiete zum Zeitpunkt des Baus bereits abgebaut oder die Trasse werde etwas verschoben.

**Beschluss: 16 : 0**

**Der Planungsausschuss beschließt, dass in die Stellungnahme eine Empfehlung aufgenommen wird, dass bei den Varianten 1 b und 1c geprüft werden sollte, ob der Trassenkorridor der bereits bestehenden Staatsstraße 2054 genutzt werden könnte, um vorhandene Ressourcen auszunutzen.**

**Beschluss: 5 : 11**

**Der Planungsausschuss beschließt, dass die Formulierung in der Stellungnahme „...Die Realisierung der Variante 1a würde der Zielstellung des Regionalplans hinsichtlich der Rohstoffsicherung entgegenlaufen....“ dahingehend geändert wird in „...Bei Variante**

**1a hat die Rohstoffsicherung Vorrang gegenüber der verkehrlichen Nutzung...“.**

**Beschluss: 16 : 0**

**Der Planungsausschuss stimmt der in der Anlage beigefügten  
Stellungnahme zum Raumordnungsverfahren für die B 15 neu unter  
Einbeziehung des Sitzungsergebnisses zu.**

---

**TOP 7: Bericht über abgeschlossene landesplanerische  
Überprüfungen und Stellungnahmen des Verbandes**

Geschäftsführerin **Christine Erbinger** erläuterte die vorab versandte Vorlage.

Wortmeldungen ergaben sich nicht.

**Beschluss: 16 : 0**

**Der Planungsausschuss nimmt vom Bericht Kenntnis.**

---

**TOP 9: Informationen, Wünsche und Anträge**

Geschäftsführerin **Christine Erbinger** erinnerte an die Verbandsversammlung am 04. Juli 2017. Die nächste Sitzung des Planungsausschusses werde voraussichtlich im Herbst stattfinden.

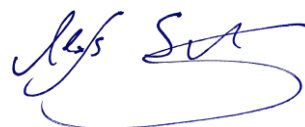
Die Präsentation zum öffentlichen Teil der Sitzung ist auf der Homepage unter Sitzungen und Termine einsehbar.

Aufgestellt am 15.05.2017

Genehmigt am 15.05.2017



Christine Erbinger  
Geschäftsführerin



Alfons Sittinger  
Erster Bürgermeister  
Verbandsvorsitzender